

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

25.1.1906 (No. 26)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. Januar.

№ 26.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 17. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Sektionsrat im königlich ungarischen Justizministerium, Ministerialrat Julius von Rikl in Budapest, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse höchster Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Mit Erlaß Großh. Ministeriums des Innern vom 15. Januar 1906 wurde dem Amtsrevidenten Friedrich Kasien die nachgesuchte Entlassung aus dem staatlichen Dienst behufs des Uebertritts in den Gemeindedienst erteilt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Parlamentarisches aus Württemberg.

— Stuttgart, 23. Januar.

Die Abgeordnetenkammer räumt, bevor sie an die Hauptaufgaben der gegenwärtigen Tagung geht, gründlich auf mit allem sonstigen verhandlungsreifen Beratungsstoff. Zunächst wurde mit der Koststrennung der durch das christliche Männerkrankenhaus weithin bekannten Weiler Karlshöhe und Salon von der Landgemeinde Kornwestheim und Zuteilung derselben zur Stadt Ludwigsburg der erste Fall einer zwangsweisen Verwaltungsänderung in Württemberg vollzogen. Der Hauptgrund lag in sanitären Verhältnissen und der Minister des Innern kündigte bei dieser Gelegenheit an, daß während der letzten Jahrzehnte in hygienischer Beziehung der Wasserzuleitung gewidmet gewesen seien, man in den nächsten Jahrzehnten in noch höherem Grade der Wasserabfuhr Aufmerksamkeit zu schenken haben werde. Es scheint hiernach die Absicht zu bestehen, die seither als Staatsbeiträge für Wasserleitungen gewährten staatlichen Mittel, nachdem auf diesem Gebiet die dringenden Aufgaben mehr und mehr befriedigt sind, künftig für Kanalisation und sonstiger Abwasseranlagen in den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Dieser Ausgemeindungsfolge folgte eine Eingemeindungsdebatte. Es handelte sich um die Gemarkung der drei in nächster Nähe der Residenz gelegenen Gemeinden Degerloch, Kaltental und Botnang, die in dem Stuttgarter Gemeindeverband aufgenommen zu werden wünschten, während die Stadt Stuttgart erklärt, nachdem sie eben erst die drei Neckartalgemeinden verschlungen, Ederle sie, gleich einer Riesenschlange, einer langen Verdauungspause. Es kam hier, namentlich in bezug auf die große Fabrikarbeitergemeinde Botnang, die sich in bedrängten finanziellen Verhältnissen befindet, das interessante Problem des Verhältnisses zwischen Betriebs- und Arbeiterwohnungsangelegenheiten in Frage, doch bestand bei der Kammer keine Geneigtheit, in dieses schwierige Problem näher einzugehen, auch scheute man sich, einen Zwang gegen die größte Stadt des Landes auszuüben. Der Minister des Innern nahm die Gelegenheit wahr, um die Verstaatlichung der Kriminal- und Sicherheitspolizei in Stuttgart als ein dringliches Bedürfnis zu konstatieren. Sowohl bei der Ausgemeindungs- als bei der Eingemeindungsdebatte fanden sich — ein seltenes Zusammentreffen — sozialdemokratische und bauernbündlerische Abgeordnete im Eintreten für die beteiligten kleinen Gemeinden zusammen. — Eine Sache, die die Kammer schon mehrfach beschäftigt hat und die stets ergebnislos verläuft, sind die Witten der Landmüller um Venderung der Tarifierung von Getreide und Mehl als Schutz gegen die Konkurrenz hauptsächlich der rheinischen Großmühlen. Man stimmt so ziemlich überein in der Anerkennung des Notstandes der kleinen Müller und bei der diesmaligen Beratung zeigte sich bei den Landwirten mehr als seither Geneigtheit, im Interesse der Müllerei sogar ein Opfer zu bringen, da sich aber keine Aussicht bietet, mit den schon früher abgelehnten Anträgen Württembergs auf Er-

höhung des Mehltarifs bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen durchzubringen, da es außerdem zweifelhaft ist, ob eine solche Maßnahme, statt abzuwehren nicht eher die Rheinmühlen noch mehr begünstigen würde, steht man der Sache machtlos gegenüber. Schließlich war man darin einig, daß man die Wirkungen des neuen Zolltarifs abzuwarten habe. Die bei dieser Angelegenheit mit herbeiziehenden Fragen einer Umsatzsteuer auf die Grashetriebe und der Schiffsabgaben wurden nicht in die Debatte gezogen. — Weiterhin verwendete die Kammer trotz nahezu debatteloser Erledigung, erhebliche Zeit auf die zivilrechtliche Materie der Bahneinheiten, die für die Rechtsverhältnisse der privaten Nebenbahnen, der Straßenbahnen usw. von Bedeutung ist, und wandte sich dann der Beratung von Eisenbahnpetitionen zu. Diese verlief zunächst friedlich, bis es bei der Heubergbahn zu einem „Vorstoß“ gegen die Eisenbahnverwaltung kam, der man Gleichgültigkeit gegen den Nebenbahnbau, Richtigkeit in dessen Förderung, einseitige Bevorzugung der großen Aufgaben an der Hauptbahn, insbesondere der Stuttgarter „Lurusbauten“ vorwarf. Der Vorstoß ging von der Volkspartei aus und man merkte ihm an, daß für Ende dieses Jahres die Neuwahlen vor der Tür stehen. Man schob daher auch den unangenehmen Einwand eines Parteigenossen, daß das zur „Berücksichtigung“ empfohlene Projekt einer von Späcklingen ausgehenden Heubergbahn engherzig und unangemessen aufgestellt sei, kurzer hand bei Seite. Der Verkehrsminister, der übrigens nur dem ersten Teil dieser Aktion anwohnte, parierte die Vorwürfe mit dem trockenen Hinweis, daß die Regierung sich nicht so sehr für jedes Nebenbahnprojekt so begeistern könne, wie der beteiligte Abgeordnete, daß ihm über die Regierung für den Nebenbahnbau so viel tue, als die Finanzlage gestatte, ja nach dem Urteil nicht weniger Leute eher zu viel als zu wenig. Gegenüber diesem Hinweis auf die Unrentabilität der Nebenbahnen sucht neuerdings der Abg. Vieching eine andere Auffassung zur Geltung zu bringen. Sein Argument ist das, daß im Vergleich zu dem Gesamtanlagekapital der Eisenbahnen die Aufwendungen für die Nebenbahnen doch verhältnismäßig klein seien. Das kommt im Grunde hinaus auf die Theorie des Schuldners, der sich sagt: Da ich schon einmal den Hund voll Schulden habe, kommt es auf ein paar tausend Mark weiter auch nicht an. Das zweite Argument gründet sich darauf, daß die Nebenbahnen Zubringer für die Hauptbahnen seien. Der Abgeordnete Vieching will sogar die günstigen Eisenbahnerträge des Jahres 1904 direkt auf den Einfluß der Nebenbahnen zurückführen. Das dürfte nicht leicht zu beweisen sein. Was von den Nebenbahnen den Hauptbahnen zugebracht wird, muß doch zunächst über die Strecken der Nebenbahnen laufen, die Größe dieser zugebrachten Mengen müßte also — sollte man meinen — ihren Maßstab an der Rente der Nebenbahnen finden. Ist diese Rente klein, so kann die der Hauptbahn zugebrachte Gütermenge nicht groß sein. Dabei ist ganz abgesehen davon, daß zum mindesten ein großer Teil der Frachtgüter aus den Nebenbahngenden auch seither zur Hauptbahn ging, nur per Achse statt wie jetzt auf Schienen. — Gestern hat die Kammer den Kredit für Einrichtung einer meteorologischen Drahestation am Bodensee bewilligt, von der man sich wertvolle Ergebnisse für die Wettervorhersage verspricht, und zu deren Kosten auch das Reich, sowie die angrenzenden Bundesstaaten, Baden und Bayern, beitragen. — Heute soll die Hoftheatervorlage erledigt werden, in der nunmehr, wenigstens in der Kommission, allseitige Einigung erzielt worden ist. Dann folgt die Einzelberatung der Verfassungsrevision, über deren Aussichten täglich neue Gerüchte auftauchen, und welche die Kammer wohl geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

\* Stuttgart, 24. Jan. Die Kammer der Abgeordneten nahm den Entwurf betreffend die Errichtung eines königlichen Hoftheaters mit sämtlichen abgegebenen 70 Stimmen an.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 23. Januar.

Kriegsminister v. Einem (fortführend) (in Erwiderung auf die Interpellation des Zenirus und der Polen (Mit einer Beilage.)

wegen der Aussicht über die Sprache, in der die Mannschaften beichten): Wo ein der polnischen Sprache mächtiger Militärgesittlicher vorhanden ist, wird gar nicht gefragt, wer polnisch oder deutsch beichten will, jeder beichtet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist und wie er sich am besten gegenüber dem Geistlichen von Herzen aussprechen kann. Wo ein des Polnischen mächtiger Geistlicher nicht vorhanden ist, ist es, wie auch zugegeben wurde, nötig, festzustellen, wie viel Soldaten polnisch beichten können, sonst könnte diesen Leuten die Wohlthat, in ihrer Muttersprache zu beichten, nicht gewährt werden. Die Feststellung erfolgt durch den betreffenden Geistlichen in Verbindung mit der Kommandobehörde. Nach diesem Grundsatze wurde seit 1900 verfahren, ohne daß sich irgend welche Schwierigkeiten ergaben. Mit der Verfügung des Generalkommandos des ersten Armeekorps hat es folgendes Bewandnis: Das Garnisonkommando in Gumbinnen hatte Reisegebühren für einen polnisch sprechenden katholischen Hilfspolizeibeamten liquidiert, den der katholische Militärgesittliche ohne Anfrage beim Generalkommando zur Herbeibringung heranzog, trotzdem im nahe gelegenen Goldapp ein polnisch sprechender katholischer Geistlicher vorhanden war. Als dem Generalkommando die Liquidation überreicht wurde, war es doch seine Pflicht, Nachforschungen zu veranstalten. Daß 19 Mann bei diesem Geistlichen polnisch beichteten, hat der Pfarrer selbst angegeben, ohne daß er gefragt wurde. (Hört! Hört!) Der Militärgesittliche in Gumbinnen hat nicht richtig gehandelt. Hätte er die Erlaubnis erbeten, den Hilfspolizeibeamten heranzuziehen, so wäre die Heranziehung ohne weiteres genehmigt worden. Ein Eingriff in das religiöse Leben war nicht beabsichtigt und geschieht nirgends. Andererseits war das Generalkommando verpflichtet, den Widerspruch aufzuklären zwischen der ersten Angabe, daß der polnische Geistliche nicht nötig war und der späteren Heranziehung eines solchen. Vielleicht glaubte der kommandierende General, daß die Frage mit einer Agitation verknüpft war. Hieron wird er nach den erfolgten Aufklärungen vollständig zurückkommen sein. Ich habe, um alle Zweifel zu beheben, eine Verfügung erlassen, daß auch die Feststellungen darüber, in welcher Sprache die Geistlichen die Beichte abgenommen haben, unzulässig ist. Damit ist gewiß alles getan, um jeden Gewissenszwang zu vermeiden. Der Minister bespricht dann die vom Abg. Stachel vorgebrachten beiläufigen Beschwerden und setzt hinzu: Der polnische Mann ist, wenn er dient, deutscher Soldat. Wir sind verpflichtet, ihn deutsch lernen zu lassen und zwar so, daß er nicht allein die Kommandosprache, sondern die Geeresprache im weitesten Sinne möglichst lange nicht verlernt, auch nicht im Reserve- und Landwehrverhältnis. (Zustimmung.) Er muß nicht bloß kurze Mitteilungen verstehen, sondern Mitteilungen machen, was er gesehen und gehört hat. (Sehr richtig!) Der polnische Mann wird der Nationalität wegen nicht verspottet, gegen diese Behauptung protestierte ich. Vorgekommene Fälle wurden bestraft und die Schuldigen über ihr miserables Verhalten zur Verantwortung gezogen. Strafen kommen aber bei jungen Leuten vor. In Strafsburg werden die Sachen gefragt: Ein Schälchen Hechen gefällig? (Große Heiterkeit.) Jedenfalls denkt kein Mensch in der Verarmung daran, Gewissenszwang auszuüben. (Lebhafter Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation findet nicht statt. Das Haus berät sodann den Gesetzentwurf über den Versicherungsvortrag.

Abg. Dr. Böttger (nat.-lib.) billigt die Vorlage im großen ganzen und beantragt Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Forst (kons.): Wir erkennen die gute Ausarbeitung der Vorlage an, welche eine brauchbare Grundlage zu Kodifikation des Versicherungsrechts ist.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (freif. Sp.): Die Vorlage ist eine hervorragend tüchtige Arbeit und eine treffliche unparteiische Abwägung der Interessen der beiden Vertragsteile. Das Gesetz verfolgt überall die Tendenz, den Versicherten zu schützen. Bei den öffentlichen Versicherungsanstalten ist diese Tendenz wie weggeblasen. Die Vorlage enthält aber noch viel törichte Partikularismus. Redner beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 25 Mitgliedern.

Abg. Dr. Deumer (nat.-lib.): Der Entwurf bringt den Versicherungsgesellschaften erhebliche bürokratische Mehrarbeit und Erhöhung der Verwaltungskosten. Im Interesse des Versicherten müßten die Sozietäten auch den zwingenden Bestimmungen dieses Gesetzes unterstellt werden.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich glaube, der Entwurf hat die richtige Grenze im Interesse der Versicherten und der Versicherer gezogen. Ich möchte das Haus warnen, aus gewissen sentimentalen Regungen zugunsten der Versicherten zu Vorschlägen zu kommen, welche die gesunde Grundlage des Versicherungswesens erschüttern können. Der Vorwurf, daß die im Entwurf enthaltene Behandlung der öffentlichen Anstalten einem früheren Versprechen des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky widerspricht, ist unberechtigt. Der Entwurf erfüllt vollständig das, was Graf v. Posadowsky damals hinsichtlich der Einrichtungen der öffentlichen Anstalten versprochen, und präjudiziert nicht eine Aktion bezüglich einer Besteuerung derselben. Ich glaube, die öffentlichen Anstalten werden im Interesse der Versicherten sich freiwillig dem Gesetz anpassen. Der Verband der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten erklärte, sie werden dies schon des Wettbewerbs wegen tun müssen.

Abg. Rumpf (freif. Sp.) fordert bei Anerkennung der Leistung des Reichsjustizamts doch die Einbeziehung der Sozietäten, da sonst das Gesetz für 3½ Millionen Verträge nicht gelte.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Wenn die Sozietäten in allen Beziehungen in das Gesetz einbezogen werden sollen, müssen diese großen leistungsfähigen Organisationen ihr ganzes Wesen ändern.

Nach weiterer Debatte wird der Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes einer Maß- und Gewichtsordnung.

Abg. Forstig (konf.) befürwortet Entschädigung der Gemeinden bei Verstaatlichung des Eisenwesens. Redner beantragt ferner Einführung eines Viertelpfundgewichtes, obgleich es nicht in das Dezimalssystem passe.

Abg. Stolle (Soz.) sagt, der Entwurf ist so schlecht, daß man die Mitarbeit eines Vertreters des Königreichs Sachsen vermuten müsse. Redner fordert im Interesse der Bergarbeiter den Einspruch für Fördergefäße im Bergwerksbetriebe und beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Engelen (Zentr.) schließt sich dem Antrage an. Staatssekretär Dr. Graf v. Hofadomsky: Die Bestimmungen des preussischen Berggesetzes für ausreichend, wonach nach dem Inhalt der Fördergefäße abgemessen wird und die Gefäße mit einer Rauminhaltsangabe zu versehen sind. Die preussischen Bergbehörden erklären, bei der Aufnahme des Entwurfs der Fördergefäße in den Entwurf, sei der Entwurf unannehmbar. Ob man den Gemeinden eine Entschädigung oder eine Uebergangsfrist gewähren will, darüber läßt sich in der Kommission reden.

Nunmehr verliert sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Dritte Beratung des Diätenantrages, erste Beratung des Toleranzantrages, erste und eventuell zweite Beratung des Antrages betreffend eine Verfassung für Elsaß-Lothringen. Schluß 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 24. Januar.

Präsident Graf Vallasirem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus nimmt definitiv in dritter Lesung den Zentrumsantrag betreffend Gewährung von Diäten und freier Bahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten an.

Es folgt die erste Beratung des Zentrumsantrages betreffend Freiheit der Religionsübungen (Toleranzantrag).

Abg. Vachem beschwert sich über die ablehnende Haltung des Bundesrats gegenüber dem Antrage. Der Bundesrat betone, die Materie unterliege der Landesgesetzgebung. In Mecklenburg haben sich die Verhältnisse etwas gebessert, dafür sind wir dankbar, aber die braunschweigischen wurden trotz einzelner Verbesserungen noch schlechter. Redner führt eine Reihe von Einzelfällen an und beklagt, daß in Braunschweig eine unerträgliche staatliche Bevormundung der Katholiken stattfindet. Deutschland stipuliere in allen Handels- und Niederlassungsanträgen mit allen möglichen Ländern Kultus- und Gewissensfreiheit. Infolgedessen genieße ein Katholik aus Nicaragua und Honduras in Sachsen oder Braunschweig mehr Religionsfreiheit, als ein katholischer Wadenser oder Preuße. (Weiterkeit.)

\* Berlin, 23. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages beriet die Vorlage betreffend die Naturalleistungen weiter und nahm einen Antrag Erberger (Zentr.) an, nach welchem die Sätze betragen sollen für volle Tageslohn mit Brot 1.20 M., ohne Brot 1.05 M., für Mittaglohn 60 bzw. 55 Pf., für Abendlohn 50 bzw. 45 Pf., für Morgenlohn 25 bzw. 20 Pf. Ebenso wurde ein Antrag Erberger angenommen, nach welchem der Bundesrat befugt ist, in Zeiten einer besonderen Teuerung die Sätze zu erhöhen. Die Sätze sollen bis zum 31. März 1913 gelten. Nach einer weiteren gemeinsamen Diskussion über die Entlastung des Reichsinvalidentfonds, des Etats des Reichsinvalidentfonds und des Reichsschuldenamts, des allgemeinen Pensionsfonds, wobei Erberger vorschlug, die 120 Millionen im Juliustium zur Stärkung des Invalidentfonds zu benutzen, wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

### Der deutsch-äthiopische Freundschafts- und Handelsvertrag.

(Telegramme.)

\* Berlin, 24. Jan. Der dem Reichstage gestern zugegangene, am 7. März 1905 in Addis Abeba zwischen dem außerordentlichen Gesandten Dr. Rosen und dem Negus Menelik II. abgeschlossene deutsch-äthiopische Freundschafts- und Handelsvertrag besteht aus sechs Artikeln. Nach dem Vertrag sollen die Angehörigen und Schutzgenossen eines jeden der beiden Staaten volle Freiheit des Aufenthaltes, der Reise, des Handels und des Gewerbes in den Gebieten des anderen Staates genießen. Wenn sie sich in den Gebieten des anderen Staates aufhalten, wird ihnen Sicherheit der Person und des Eigentums zugesichert. Beide Staaten gewähren ihren Angehörigen alle Rechte, Vorteile und Privilegien, die sie Angehörigen eines dritten Staates besonders bezüglich von Zöllen, inneren Abgaben und Gerichtsbarkeit zuerkennen haben, oder in Zukunft zuerkennen werden. Den Deutschen soll das Recht zustehen, die in Äthiopien befindlichen Telegraphenlinien, Posteinrichtungen und alle sonstigen Verkehrseinrichtungen zu denselben Gebührenätzen, wie die Angehörigen eines dritten Staates zu benutzen. Jeder der beiden vertragschließenden Teile kann in dem Lande des anderen Teiles beglaubigte Vertreter bestellen, die an solchen Plätzen residieren sollen, wo Handels- und sonstige Interessen ihre Anwesenheit nötig oder wünschenswert erscheinen lassen, und außerdem das Recht haben, jederzeit jeden Teil des Landes aufzusuchen. Der Vertrag soll 10 Jahre nach der Ratifikation in Geltung bleiben und mit einjähriger Kündigung immer ein Jahr weiterbestehen.

### Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

\* Wien, 24. Jan. Der ungarische Ministerpräsident Fejervary hielt gestern Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag in einer zweifelhafte Privataudienz. Er verbleibt auf Wunsch des Kaisers bis auf weiteres in Wien.

\* Wien, 24. Jan. Die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses haben gestern dem Ministerpräsidenten Fejervary die von diesen Gruppen gestern gefaßten Beschlüsse mitgeteilt, nach denen sie die Anschauung über Reformbedürftigkeit des Herrenhauses aus dem gegenwärtigen Anlasse und über die Notwendigkeit des Zusammenhanges der Reform des Herrenhauses mit der Wahlreform des Abgeordnetenhauses nicht teilen.

\* Triest, 23. Jan. Wegen der Entlassung von 13 Waggonrangierern, die die Entfernung eines mißliebigen Rangier-

meisters gefordert hatten, sind heute hier sämtliche Rangierer und Verloader, zusammen 600 Mann, wieder zu passiven Resistenz übergegangen.

\* Budapest, 24. Jan. Der Minister des Innern lehnte in Anerkennung der ausgezeichneten Dienste des Oberstadthauptmannes Rudnay dessen Entlassungsgesuch ab.

### Die Wahlen in England.

(Telegramme.)

\* London, 24. Jan. Bis heute mittag wurden gewählt 296 Liberale, 36 Arbeitervertreter, 175 Unionisten und 80 Nationalisten.

\* London, 23. Jan. In Worcester-Ort wurde Austin Chamberlain mit 10 129 Stimmen gegen Morgan (liberal), der 5763 Stimmen erhielt, gewählt.

\* London, 24. Jan. Schatzminister Asquith hielt in Kingsbarus (Schottland) eine Rede, in der er ausführte, so sehr er es sich angelegen sein lasse, die Ausgaben zu vermindern, so habe er doch wenig Hoffnung, daß dies im laufenden Jahre möglich sei.

### Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

\* Paris, 23. Jan. Die Deputiertenkammer setzte heute vormittag die Beratung der Arbeiterversicherungsvorlage fort und nahm die beiden ersten Paragraphen des Artikels 3 an, wodurch bestimmt wird, daß von den Arbeitern, ausgenommen von denen, die 1,50 Fr. oder weniger verdienen, Beiträge in der Höhe von ein bis zwei Prozent des Verdienstes erhoben werden sollen; den gleichen Betrag haben die Arbeitgeber zu zahlen und Mehrerfordernisse sollen durch Staatszuschüsse bestritten werden.

\* Paris, 23. Jan. Die Zollkommission der Deputiertenkammer beschäftigte sich heute mit der Vertagung der Abstimmung über die französisch-russische Handelskonvention, für deren Ratifikation die Frist am 12. Februar abläuft. Da eine neue Abmachung nicht besteht, wird nunmehr Frankreich gegenüber vom 31. März ab das deutsch-russische Regime auf der Grundlage der Reichtbegünstigung zur Anwendung bringen. Da dieses Regime aber teurer Produkte betrifft, die Frankreich interessieren, würde seine Anwendung einer Anwendung des Generaltarifs auf französische Produkte gleichkommen. Die Zollkommission hat deshalb beschlossen, sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen, um von der Deputiertenkammer zu erreichen, daß diese die unterbrochene Behandlung des Gegenstandes wieder aufnimmt.

### Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

\* Algier, 23. Jan. Der von dem Redaktionssomitee der Konferenz ausgearbeitete Entwurf des Reglements zur Unterdrückung des Marokkoshuggels wurde gestern der Konferenz vorgelegt.

\* Algier, 23. Jan. Aus Anlaß des Namenstages Seiner Majestät des Königs von Spanien wurde ein Geschicksspiel von 21 Schach abgehalten. Die Zivil- und Militärbehörden begaben sich, während die Militärmusik spielte, gemeinsam mit den Delegierten und den Beobachtern nach dem Rathaus, um an dem dort stattfindenden Empfang zu Ehren des Königs von Spanien teilzunehmen. Der Herzog von Almodovar dankte den Delegierten für ihre Liebenswürdigkeit, zu dieser Feier gekommen zu sein. Die Versammelten sprachen dem Herzog ihre Glückwünsche für den König von Spanien aus.

\* Algier, 24. Jan. Der gestern nachmittag durch den Herzog von Almodovar an Bord des Kreuzers „Carlos V.“ gegebene Empfang verlief überaus glänzend. Von 3 Uhr ab kamen zahlreiche Dampfschiffe an Land, um die Gäste abzuholen. Unter ihnen befanden sich viele englische Marine- und Landoffiziere von Gibraltar, Offiziere zweier französischer Linienfahrts- und Mitglieder der Militär- und Zivilbehörden von Algier. Auch die Journalisten, die zur Konferenz nach Algier gekommen sind, nahmen an dem Feste teil. Der Herzog empfing seine Gäste auf dem Achterdeck, umgeben von spanischen Diplomaten und Offizieren. Sobald die Mitglieder einer Gefandtschaft herankamen, spielte die Musik an Bord die Nationalhymne des betreffenden Landes. Das Schiff war prächtig dekoriert. Ein großes Zelt, das aus Fahnen aller Nationen zusammengekehrt war, und in dessen Rückwand die Königskrone in Gold sich befand, bedeckte das ganze Schiff. Auf einer Seite des Schiffes war ein reich ausgestattetes Buffet aufgestellt. Gegen 5 Uhr nahm der Empfang sein Ende. Der englische Gesandte Nicolson war im Boote des französischen Delegierten Revoil an Bord gekommen.

### Bur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 24. Jan. In den Gouvernements, wo die Israeliten das Anwohnerrecht noch nicht besitzen, ist die Zahl der Ortschajten auf dem schwarzen Land, wo sie sich ansiedeln können und Aufenthalt nehmen können, um 133 vermehrt worden.

\* St. Petersburg, 24. Jan. Die russische Regierung hat sich auf Anfrage der japanischen Regierung mit der Ernennung des bisherigen japanischen Vertreters in Paris, Motono, zum Votschafter in St. Petersburg einverstanden erklärt.

\* Odesa, 24. Jan. Das Gendarmerieverwaltungsgelände ist durch Explosion einer Höllemaschine stark beschädigt worden.

\* Jekaterinopol, 24. Jan. Die Streitigkeiten, die am 30. November zwischen Tartaren und Armeniern begonnen haben, dauern noch ungeschwächt fort. Eine Menge Ortschajten sind zerstört worden.

\* Tiflis, 24. Jan. Der zur Säuberung des Tunnels bei Suram abgelassene Militärszug fuhr bis zur Bahnstation Rion. Bei Kvirily fand ein Zusammenstoß zwischen Truppen und Aufständischen statt, der viele Tote forderte. Kvirily steht in Flammen. Die Wiederherstellung des Verkehrs mit Bakum ist bald zu erwarten. In Sofchi haben die Aufständischen ihre Waffen ausgeliefert.

\* Königsberg, 24. Jan. Nach einer Grajewoer Meldung ist der Verkehr mit der Strecke Roslow-Millerowo der russischen Südbahnen wieder aufgenommen.

### Die Vorgänge in den Ostseeprovinzen.

\* Riga, 24. Jan. Mehrere hervorragende Mitglieder der revolutionären Kampforganisation sind verhaftet worden.

\* Wenden (Gouvernement Pilsand), 24. Jan. Die Ankunft der Truppen des Generals Orlov in Walk hat der revolutionären Bewegung im Kreise Walk und Werra ein Ende gemacht. Auch das Vorrücken der Truppen nach Per-nau hatte Erfolg.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 24. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte in den letzten Tagen die üblichen Vorträge.

\*\* Am 24. d. M., 5 Uhr 47 Min. früh, stieg der Personenzug 1405 bei der Einfahrt in die Station Mellen auf die Rangierabteilung eines Güterzugs, weil infolge eines Mißverständnisses die Einfahrt für den Personenzug freigegeben wurde, bevor dessen Einfahrtsleit frei war. Der Zugführer und ein Reisender wurden leicht verletzt.

\* Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen als Telegraphengehilfinnen: Therese Gaert in Heidelberg, Katharina Metz in Karlsruhe. Berufen die Postaffizisten: Ludwig Metz von Durrmsheim nach Wuchal, Roman Weber von Forzheim nach Tauberbischofsheim.

In den Ruhestand tritt der Postsekretär Franz Burtard in Wuchal.

\* (Zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers) ist folgende Festordnung festgesetzt worden: Am Donnerstag den 25. Januar, abends 8 Uhr, Festbankett der Bürgergesellschaft im großen Saale der Festhalle. Am Freitag den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, großer Zapfenstreich vom Kaiserdenkmal aus mit anschließender Musikaufführung vor dem Großschloß. Am Samstag den 27. Januar, Beflaggung der Stadt. Morgens 7 Uhr: Festgelaute, Abgabe von 101 Kanonenschüssen auf dem Lauterberg durch die Freiwillige Feuerwehr. Morgens 1/8 Uhr: Wecken vom Kaiserdenkmal aus. Morgens 8 Uhr: Choralmusik vom Turme der evangelischen Stadtkirche. Vormittags 9 bis 11 Uhr: Festgottesdienste in den Kirchen der Stadt. Vormittags 12 Uhr: Große Parade der Garnison auf dem Schloßplatz. Abgabe von 101 Ehrenschüssen auf dem Engländerplatze. Nachmittags 2 Uhr: Festeffen im großen Saale des Museums. Nachmittags 3 Uhr: Festkonzert im großen Saale der Festhalle. Abends 7 Uhr: Festvorstellung im Großherzoglichen Hoftheater.

\* (Die Kaiserfeier der Bürgergesellschaft.) Es sei hiermit nochmals auf das morgen Abend 8 Uhr im großen Saale der Festhalle stattfindende Festbankett der Bürgergesellschaft hingewiesen. Das von den Militär- und Bassenvereinen zur Aufführung kommende Festspiel „Neujahrsnacht im Felde“ dürfte besonders interessieren. Auf dem Podium im Saale wird eine Bühne mit einer herrlichen Winterlandschaft errichtet, in der sich die Handlung des Stückes abwickelt. Schon bei früheren Aufführungen hat das Festspiel außerordentlich gut gefallen. Es schließt mit einer imposanten Huldigung an dem im Hintergrunde erscheinenden Niederwalddenkmal. Die Nachfrage nach Galerieskarten (nur für Damen) war eine sehr lebhaft. Leider stand nur eine verhältnismäßig kleine Zahl solcher Karten zur Verfügung. Herren haben bekanntlich ohnehin Zutritt (in den Saal). Eine frühzeitige Besetzung der Saal- und Galeriesplätze ist zu empfehlen.

\* (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Nachdem am vorletzten Vortragsabend Herr Geh. Rat Professor Dr. Engler in seinem außerordentlich lehrreichen Vortrag über den „Stand der Radiumfrage“ in der Aula der Friedrichsiana, den überaus zahlreichen Hören eine hochinteressante naturwissenschaftliche Problem erläutert hat, sprach vorgestern Oberlehrer Professor Dr. Baag im Eintrachtssaal über ein feststehendes Thema aus sprachlichem Gebiet, indem er in seinem Vortrag über „das Bildliche in unserer Sprache“, den Ursprung und die Entwicklung der Sprachbildung behandelte, an denen gerade die deutsche Sprache so außerordentlich reich ist. Der Redner zeigte durch Anführung vieler Beispiele, wie eine große Zahl von Worten durch bildliche Vergleichung entstanden sei. So sprechen wir von einem Straußkopf, Salatopf, vom Auge des Würfels, von der Land- und Seezunge, vom Gebirgsbriden, vom Haisdenkmal, aus Kappe ist mit der Zeit Rabe entstanden, aus Knabe Knappe, das Wort Kran (zum Heben von Käsen) stammt vom Kranich, vom Flügel des Vogels nehmen wir die Bezeichnung für das Klavier, den Flügel des Hauses, die Windmühlensflügel, vom Horn des Tieres haben viele Musikinstrumente, Orgel usw. ihren Namen. Professor Baag führte dann noch Beispiele bildlicher Uebersetzung von einer Sinnesübernehmung auf die andere an, z. B. Ton der Musik und Farbenton, süßer Geschmack, süßer Geruch, süßer Anblick. Hunderte derartiger Beispiele boten Anlaß zur Besprechung vieler eigenartiger und fesselnder Einzelheiten, die das Publikum nicht interessiert und dem Redner lebhaften und dankbaren Beifall eintrugen.

\* (Vortrag über Martin Blüddemann.) Am 31. d. M. wird Herr Albert Pfeiffer von aus Varenth seinen angekündigten Vortrag über den früh verstorbenen Balladendichters Martin Blüddemann (1854-1897) halten. Herr Konzeptionsrat Feilich hat für den Abend seine Mitwirkung in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Eintrittskarten und Programme für die Reihenfolge der Vorträge in der Musikalienhandlung von Fr. Doert.

III. (Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 23. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Ellert. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Rudmann. Während ihrer vorübergehenden Beschäftigung in der Bahnhofsverwaltung zu Neuborf im Monat Oktober entwendete die vielfach vorbestrafte Dienstmagd Emilie Hetterling aus Frankfurt a. M. dem Dienstmädchen Erccoll aus dessen Koffer, den sie erbrochen hatte, den Geldbetrag von 77 M. Mit dem Gelde ging die Hetterling dem flüchtigen. Sie wurde heute wegen Diebstahls im Rückfall mit 2 Jahren Zuchthaus, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, bestraft. — In Forzheim wurde vor einigen Wochen in der Person des Schuhmachers Leopold Ehrmann aus Auerbach ein Raubmord verübt, der gerade im Begriffe stand, sich mit zwei erbeuteten Ueberziehern aus dem Staube zu machen. Ehrmann hatte zur Abendzeit in der Wirtschaft zum „kleinen Marienhof“ in Forzheim einen Ueberzieher im Werte von 20 M. und wenige Stunden darnach in der Restauration „Zur Pfalz“ denselben Ueberzieher im Werte von 30 M. gestohlen. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten, einen mehrfach bestraften Dieb, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Die übrigen Fälle waren Verurteilungen.